

Von Altersvorsorge bis Verteidigung

Achenbergtreffen der FDP Die Liberalen Bezirk Zurzach mit Ständerat Thierry Burkart.

BAD ZURZACH (fi) – Der Ausgang der Nationalratswahlen macht in Bern bei Sachgeschäften neue Mehrheiten nötig. Der Ständerat, der als völlig andere Kammer wahrgenommen wird, ist – abgesehen vom Vormarsch der Grünen – stabil geblieben. Thierry Burkart, der mit Hansjörg Knecht den Stand Aargau vertritt, hat auf dem Achenberg in freier Rede eine Auslegeordnung der nationalen Politik geboten.

Mobilität – keine Gräben aufreissen

Bei der Kohlendioxid-Belastung wird die Schweiz mit der EU den eingeschlagenen Absenkungspfad gehen müssen. Bei Flotten, die im Schnitt die sinkenden Grenzwerte überschreiten, werden künftig harte Strafzahlungen fällig. Wenn diese in den Infrastrukturfonds fliessen und so gewissermassen zurückgegeben werden, hat Burkart nichts einzuwenden. Wenn sie jedoch in andere Kanäle sickern und die Autobahnen nicht ausgebaut werden, ist dies unannehmbar. Solche Befürchtungen können aufkommen, wenn Bundespräsidentin Sommaruga den öffentlichen Verkehr und die Velofahrer erwähnt, den motorisierten Individualverkehr aber vergisst. Dieser ist jedoch einer der Grundpfeiler unseres Wohlstands. Weit mehr dürfte der Umwelt der Bau eines Bahntunnels zwischen Rupperswil und Zürich-Altstetten und die Ausdehnung der Schutzgebiet-Zonen wie etwa «Chli Rhy» bringen.

«Bilaterale I» nicht gefährden

Wenn die Begrenzungsinitiative der SVP angenommen würde, müsste innert eines Jahres das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU neu verhandelt werden. Diese Frist würde aber nicht ausreichen. Käme es zur Kündigung, würden aber automatisch alle Verträge «Bilaterale I» hinfällig. Nach Burkart überwiegen die Vorteile des Personenfreizügigkeitsabkommens. Weiter ist zu bedenken, dass 30 000 Grenzgänger im Aargau arbeiten, und dass 30 Prozent der hier erzeugten Güter nach Deutschland gehen.

Seit der Einführung der AHV ist die Lebenserwartung erheblich gestiegen. Ständerat Burkart möchte nun aber keine starre Anhebung der Pensionierungs- beziehungsweise Rentenschwelle, sondern eine flexible Lösung: «Der Staat soll uns nicht sagen, wann wir alt sind!» Freiwilligenarbeit nach der Berufsphase findet er gut und recht, aber sie soll nicht verordnet werden. Der Redner empfiehlt die Initiative der Jungfreisinnigen, welche die Renten-Grenze parallel zur Lebenserwartung ziehen möchten. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Überbrückungsleistungen für über 60-jährige Ausgesteuerte sind zu



Bezirksparteipräsidentin Claudia Hauser bedankt sich bei Ständerat Thierry Burkart.

unterstützen. Es geht da um eine Frage der Würde. Ausserdem liessen sich so ein paar Tausend Menschen vor der Fürsorge bewahren. Dies würde zudem die Gemeinden entlasten.

Verantwortung und Sicherheit

Der von «Linksaussen» stammende Konzernverantwortungsinitiative kann Burkart nichts abgewinnen. Einerseits würden die hiesigen Gerichte Verstösse gegen Menschenrechte oder Umweltstandards ahnden müssen, die irgendwo auf der Welt von den Firmen selber, von ihren Abnehmern oder Zulieferern begangen werden. Deswegen gäbe es Standortnachteile und Sitzverlegungen ins Ausland. Mit einem Gegenvorschlag sollen sinnvollere Lösungen angestrebt werden.

Dass die Schweiz für Verteidigung und Luftpolizeidienst moderne Kampfflugzeuge braucht, steht für Burkart ausser Frage. Die jetzt vorhandenen Maschinen seien veraltet und nur noch bedingt einsatztauglich. Der von Viola Amherd eingeschlagene Weg ist weiter

zu gehen. Der von linker Seite propagierte Leichtflieger aus Italien sei für die Wahrung der schweizerischen Neutralität ungeeignet.

Quer durch den Garten

In der Diskussion wurde festgehalten, dass die nach dem Abschalten der heimischen Kernkraftwerke klaffende Energielücke nicht allein mit Sonnen- und Windenergie geschlossen werden kann. Wer die Umweltziele ernsthaft verfolgen will, darf nicht auf Gaskombikraftwerke ausweichen. Irgendwann wird man auf den Strategiebeschluss zurückkommen müssen.

Zum Erschliessungsprojekt «OASE» bemerkte Burkart, dass – angesichts des Widerstands – nur teure Tunnelprojekte eine Chance hätten.

Der neue Standard «G5» bei der drahtlosen Kommunikation sei Grundlage für Forschung, Entwicklung und Fertigung, stellte der Badener Ständerat fest. Die Bedenken seien zwar verständlich, doch dürfe die Bedeutung der Technologie nicht verkannt werden: «Wer die

Vorteile will, muss auch die Nachteile akzeptieren.»

Das Rahmenabkommen mit der EU komme in der heutigen Fassung bei der Bevölkerung nicht durch. Nach Meinung Burkarts hat der Bundesrat mit der EU die strittigen Punkte zu bereinigen, die da sind: flankierende Massnahmen, staatliche Beihilfen und Bürgerrechtsrichtlinien.

Sternmarsch und Rösti

Zu der von Bezirksparteipräsidentin Claudia Hauser geleiteten Veranstaltung waren die Teilnehmenden von Döttingen, Zurziberg, Koblenz und Bad Zurzach aus marschiert. Hauser skizzierte den Start ins neue Grossratsjahr und die Veränderungen in der FDP-Fraktion. Sie erinnerte an die bevorstehenden Regierungsrats- und Grossratswahlen und an die wichtigsten Geschäfte, die anstehen.

Nach der Verköstigung der «Polit-Seele» gab es auch eine für den Körper: einen währschaften Brunch mit Rösti aus der «Achenberg»-Küche.